

Wochenblatt

Wilsdruff, Tharandt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Neununddreißigster Jahrgang.

Nr. 33.

Freitag, den 25. April

1879.

Bekanntmachung.

Im Laufe des vorigen Monats sind auf Abth. 2 der Meißen-Wilsdruffer Chaussee bei Station 9, in Röhrsdorfer Flur zwischen Allen-
dorf und Sora 3 Baumpfähle und in der Nacht vom 9. zum 10. dieses Monats auf Abtheilung 3 derselben Chaussee in Klippshäuser Flur
zwischen Sora und Wilsdruff ebenfalls 3 Baumpfähle von den Bäumen losgeschnitten und entwendet worden. Ferner sind in derselben Nacht
auf leggedachter Abtheilung von einem dreijährigen Kirschbäumchen und auf Abtheilung 2 der Kesselsdorf-Rossener Chaussee bei Station 4, in
unmittelbarer Nähe Wilsdruffs von einem neugepflanzten Aepfelbäumchen, sowie in der Zeit vom 12. bis 15. dieses Monats bei Station 7, in
ebenderselben Abtheilung von einem Birnbäumchen die Kronen frevelhafter Weise abgebrochen worden.

Zur Entdeckung der Thäter wird Solches mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß derjenige, welcher dieselben bergestellt zur Anzeige bringt,
daß solche zur Bestrafung gezogen werden können, eine Belohnung von 30 Mark — Pf. erhält.

Meißen, am 19. April 1879.

Königliche Amtshauptmannschaft.
von Hoffe.

Tagesgeschichte.

Der öffentliche Kampf über den neuen deutschen Zolltarif für
Erzeugnisse der Landwirthschaft und der Industrie wogt leidenschaftlich
hin und her und drängt alle anderen Interessen in den Hintergrund.
Dieser Kampf spaltet die Parteien und die Gruppen der verschiedenen
Interessenten und führt sie in neue Lager; sogar die Sachverständigen
stehen sich in ihren Ansichten und vollends in ihren Prophezeiungen
über die Rückwirkung der neuen Zölle auf die Industrie und Land-
wirthschaft und auf die Wohlfahrt des gesammten Publikums schroff
gegenüber. Viele sind der Ansicht, daß der Löwentheil der neuen Zölle
der Industrie oder doch deren bevorzugten Vertretern zufallen werde
und daß die der Landwirthschaft zufallenden Vortheile weit aufgewogen
würden durch Vertheuerung fast aller Dinge, die zum Leben notwendig
sind. Die Steigerung aller Preise und Löhne u. s. w. ist's, was allgemein
befürchtet wird. Die Reichstagsabgeordneten, die entscheiden sollen,
haben einen so schweren und verantwortungsvollen Stand wie nie zu-
vor. Wir theilen heute Einiges aus den nunmehr amtlich veröffent-
lichten „Motiven“ für den neuen Zolltarif mit und zwar denjenigen
Theil, der von der Landwirthschaft handelt. Die Reichsregierung
schlägt für die Einfuhr von Getreide einen Zoll von 50 Pfennig bis
1 Mark pro 100 Kilogramm vor und begründet diesen Zoll mit fol-
gender Darlegung: „Die Thatsache ist unleugbar, daß sich der Anbau
von Getreide in Deutschland von Jahr zu Jahr verringert und daß
jedenfalls nicht so viel Getreide erzeugt wird als erzeugt werden könnte,
wenn gegenüber der erdrückenden ausländischen Concurrenz die Wirt-
schaft eines größeren und einträglicheren Abzuges für das einheimische
Produkt vorhanden wäre. Der landwirthschaftliche Betrieb hat eben
aufgehört, lohnend zu sein. Hunderte von größeren Pächtern, Tausende
von kleineren Besitzern in allen Theilen des Reiches haben ihre Wirt-
schaften aufgeben müssen. Die Ertragsfähigkeit der Grundstücke selbst
ist in Folge der zahlreichen Substationen vermindert und dem Acker
werden aus Mangel an Mitteln nur ungenügend die notwendigen
Düngstoffe zugeführt. Die Erndte-Erträge sind unter diesen Um-
ständen vielfach um 20 pCt. heruntergegangen. Sie haben im Jahre
1878 pro Hektar für Weizen zwischen 700 und 3100, für Roggen
zwischen 530 und 2800, für Gerste zwischen 940 und 3250, für Hafer
zwischen 500 und 3400 Kilogramm geschwankt. Die Gefahr liegt
nahe, daß Deutschland bei fortschreitender Ernteverwertung des Grund-
und Bodens hinsichtlich seiner Ernährungsverhältnisse vollständig ab-
hängig vom Auslande wird. Zu welchen Konsequenzen ein solcher
Zustand führen kann, liegt auf der Hand. Mähernden sind in Ländern
wie Rußland, Rumänien, Amerika häufiger, und wenn sie eintreten,
allgemeiner wie bei uns. Sie würden eine momentane vollständige
Stoßung der Zufuhr hervorrufen können. Die gleiche Wirkung würde
ein unglücklicher Krieg, eine andauernde Blokade haben. Auf der an-
dern Seite wäre ein Aufhören der inländischen Getreide-, namentlich
der Roggenproduction gleichbedeutend mit der Zahlungseinstellung des
weitans größeren Theils aller Landwirthe und in Folge dessen mit
einem Zusammenbruche unseres ganzen Creditstems. Dem nationalen
Wohlstande würden damit die tödtlichsten Wunden geschlagen werden.
Es liegt deshalb nicht allein im Interesse der Landwirthe, sondern der
Gesammtbevölkerung überhaupt, daß der Kornbau dem Lande erhalten
bleibt, und es wird Aufgabe einer gesunden Wirthschaftspolitik sein
müssen, hierauf in erster Linie ihr Augenmerk zu richten. Die vorge-
schlagene Tariffäße sind so niedrig gegriffen, daß sie als eigentliche
Schutzzölle nicht bezeichnet werden können. Ihre Wirkung wird des-
halb auch nicht darin bestehen, den Import des fremden Getreides in
erheblichem Maße zu verringern oder gar auszuschließen. Die Pro-
duktionsbedingungen in Ländern mit großen Flächen, billigen, jungfräu-
lichen Böden, mit niedrigen Löhnen und nicht nennenswerthen öffent-
lichen Abgaben ermöglichen eine so wohlfeile Herstellung der Früchte,
daß ein sehr reicher Gewinn auch dann noch dem Importeur verbleiben
wird, wenn er einen im Vergleich zu den gewöhnlichen Preisschwank-
ungen gar nicht in Betracht kommenden Zoll zu tragen hat.

Allein die vorgeschlagenen Tariffäße versprechen nach einer Richtung
hin doch der einheimischen Landwirthschaft zu Hülfe zu kommen. Bei
aller Unvollkommenheit der vorliegenden statistischen Nachrichten ist es

doch mehr wie Vermuthung, daß in Folge der absoluten Zollfreiheit
der Getreideeinfuhr der deutsche Markt der Ablagerungsplatz für die
Ueberproduktion anderer Länder geworden ist, und daß Deutschland
seit längerer Zeit erheblich mehr Getreide aufnimmt, als es in Wirk-
lichkeit aufzunehmen brauchte, wenn die inländische Production zur
vollen Entfaltung käme. Während beim Weizen für die Durchschnitts-
periode 1868/72 ein Eingang von 8,313,000 Etr., ein Ausgang von
11,249,000 Etr., mithin ein Mehrausgang von 2,936,000 Etr. zu ver-
zeichnen ist, beträgt für die Durchschnittsperiode 1873/77 der Eingang
11,737,000 Etr., der Ausgang 9,955,000 Etr., es hat mithin ein Mehr-
eingang von 1,779,000 Etr. stattgefunden. Von Roggen ist 1868/72
im Durchschnitt 9,316,000 Etr. ein- und 3,290,000 Etr. ausgegangen,
1873/77 dagegen im Durchschnitt 19,101,000 Etr. ein- und 3,127,000
Etr. ausgegangen. Dieses Wachsen der Einfuhr von Weizen und
Roggen steht mit dem Wachsen der Bevölkerung nicht annähernd in
einem entsprechenden Verhältnis. Noch auffallender ist die Steigerung
der Mehreinfuhr bei Hafer (1868/72: 215,000 Centner, 1873/77:
5,148,000 Etr.), ohne daß der Pferdebestand in Deutschland eine
Aenderung erfahren hätte. Die Ueberfüllung des deutschen Marktes
durch das Angebot unverkäuflicher ausländischer Ueberflüsse, mit welcher
allein die vorstehenden Zahlen erklärt werden können, übt den empfind-
lichsten Druck auf die einheimische Landwirthschaft aus; die Konkurrenz
wird das Maß ihrer Berechtigung erst dann finden, wenn jenes An-
gebot eine auch nur geringe Zollabgabe nach sich zieht. Gelingt es,
dem deutschen Getreidebau das Absatzgebiet zurückzuerobern, welches
durch die Ueberproduktion des Auslandes verloren gegangen ist, so
wird ein Anreiz gegeben sein, Flächen von Neuem unter den Pflug zu
bringen, welche jetzt wüßt liegen oder in unvollkommener Benutzung
stehen. Die Frage, ob Deutschland im Stande ist, den Mehrbedarf an
Getreide, welches wir gegenwärtig vom Auslande beziehen, künftig
selbst zu produciren, wird dann ihrer Beantwortung um einen wesent-
lichen Schritt näher geführt sein.

Da Müßiggang aller Lasten Anfang ist, hat Bismarck den Reichs-
tagsabgeordneten seine Steuer- und Zollvorlagen in die Ferien nach-
geschickt. Sie umfassen über 6000 Quartseiten und die langen Zahlen-
reihen führen den Augen einen wahren Hexentanz auf. Sonnemann
aus Frankfurt, der selbst Abgeordneter ist, meinte in Nürnberg, die
Zeit zum Lesen und Rechnen sei so kurz, daß Mancher erst klug werden
würde, wenn er vom Rathhaus herunter käme.

Berlin. Von den vielen seit dem Jahre 1853 ausgeführten
Reformen ist ein sehr wichtiges Gebiet unberührt geblieben, die
ländlichen Arbeiterverhältnisse. Es ist längst erwiesen, daß
das landwirthschaftliche Gewerbe darunter leidet, daß die materiellen
Vorschriften betreffs der Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und
Arbeitnehmern in Verbindung mit den geltenden Prozeßgesetzen keinen
ausreichenden Schutz gegen böswilligen Vertragsbruch gewähren.
Dies veranlaßte denn auch die preussische Regierung schon vor einigen
Jahren, eine Konferenz über das ländliche Arbeitsverhältnis zu be-
rufen. Die Mitglieder der Konferenz anerkannten die Nothwendigkeit
von Maßregeln, um das Rechtsverhältnis zwischen dem ländlichen
Arbeitgeber und Arbeitnehmer genau festzustellen und schlugen vor,
für das ländliche Arbeitsverhältnis gewisse positive Normen ähnlich
denen einzuführen, welche für die gewerbliche Arbeit gesetzlich bestehen.
Alsdann wurden auch die Provinzialbehörden, sowie diejenigen Stellen,
welche ein Interesse an der Regelung der Arbeiterverhältnisse haben,
z. B. die landwirthschaftlichen Centralvereine, zu gutachtlichen Aeußer-
ungen aufgefordert. Auf Grund des gesammten Materials wurde
darauf im landwirthschaftlichen Ministerium ein Gesetzentwurf aus-
gearbeitet. Falls es nicht vorgezogen werden sollte, das Gesetz auf
das gesammte deutsche Reich auszudehnen, dürfte der Entwurf be-
stimmt dem nächsten Landtage vorgelegt werden.

Vor 25 Jahren am 21. April hat Kaiser Franz Joseph mit
der schönen und lebenswürdigen bairischen Prinzessin Elisabeth
Hochzeit gehalten. Man sieht der Kaiserin heute noch nicht die Groß-
mutter an, obgleich der wetterwendische April Wort gehalten hat.
Ganz Oesterreich feiert in diesen Tagen das silberne Jubiläum des
Kaiserpaares, allen voran die Kaiserstadt Wien. Fürsten- und Bauern-
Hochzeiten haben das Gemeinsame, daß sie mehr als einen Tag dauern.